Rand des Bürgertums und unter vielen Protestwählern ist offenbar so groß, daß das Etikett „Chaospartei", das die Strategen des Adenauer-Hauses der AfD ankleben wollten, die Wähler nicht abschreckt.

Die Hoffnung etwa des CDU-Generalsekretärs Peter Tauber, die AfD würde sich wie die *Piratenpartei* selbst zerlegen, wird wohl trügen. Sie ist Wunschdenken. Die *Piraten* waren politikunfähig. Dagegen erscheint die Spitze der Eurokritiker diszipliniert und zielstrebig. Auch der Vorwurf, nur eine „Ein-Themen-Partei" zu sein, trifft nicht mehr zu, seit die AfD zusätzlich zur Kritik an den fragwürdigen Euro-Rettungsaktionen eine konservative Familienpolitik und die Forderung nach einer Steuerung der Zuwanderung gestellt hat. Außerdem bekommt sie offenbar nicht unerhebliche Spenden aus dem deutschen Mittelstand und kann sich eine erstaunlich professionelle Wahlkampforganisation leisten.

Wer trägt das Erbe des Liberalismus weiter?

Die AfD wildert nicht nur unter bürgerlichen Wählern. Sie ist „ein Problem aller Parteien", wie die Kanzlerin richtig erkannt hat. Etwa ein Viertel ihrer Wähler kommt von der Union, fast ebenso viele Wähler von der FDP, von der SPD und sogar der Linkspartei. Besonders viele ehemalige Nicht-Wähler hat sie an die Urne gebracht. Die etablierten Parteien tun sich in der Auseinandersetzung mit der AfD schwer, weil diese auch disparate Programmteile miteinander verbindet: Die Ablehnung einer Schuldenübernahme für andere Euro-Staaten kombiniert sie mit einer Banken-Schelte, die auch manche eher linke Wähler anspricht. In Brandenburg mit anbiedernden Briefen an Linksparteiwähler; Parteichef Lucke lobte indirekt die „innere Sicherheit" in der DDR. Der Angriff der SPD-Generalsekretärin, Lucke wünsche sich wohl die Stasi zurück, überzog jedoch polemisch und war ein Eigentor.

Der Besuch des Souveräns: ***Vor dem Reichstagsgebäude,*** *Gemälde (2004; Format: 10,6 x 8 cm) von Wladimir Krawtschenko (geb. 1933); Galerie Taube, Berlin (www.galerie-taube.de)*

Über die FDP wurde und wird kaum noch gesprochen – das ist fatal für die Liberalen, die nach und nach aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Der Niedergang der Traditionspartei ist eigentlich ein Trauerspiel, doch weigert sie sich selbst in dieser Phase existentieller Bedrohung, den nötigen Ernst an den Tag zu legen. „Keine Sau braucht die FDP", plakatierte sie in Brandenburg – die Wähler nahmen es wörtlich. Nur noch 1,5 Prozent machten ihr Kreuzchen bei der Landtagswahl bei den Liberalen. In Thüringen waren es etwas über 2 Prozent, in Sachsen immerhin 3,8 Prozent, wo eine kernige Truppe mit einem eigenständigen Kurs und maximaler Distanz zur Bundespartei das Desaster abzuwenden versuchte.

Wie schon bei der Bundestagswahl fehlten der FDP zum Überspringen der 5-Prozent-Hürde jene Stimmen, die zur AfD abwanderten. Auch wenn die Parteiführung es leugnet, so ist doch die AfD ihr direkter Konkurrent. Offenbar hat man unterschätzt, daß ein erheblicher Teil des Mittelstands in gesellschaftspolitischen Fragen konservativer denkt als die Liberalen. Bei der Hamburg-Wahl im Februar droht Parteichef Christian Lindner die nächste Schlappe; dort hat sich von der zerstrittenen Partei zu allem Überfluß noch ein linksliberaler Flügel abgespalten. Die Chancen, daß die FDP 2017 den Sprung zurück in den Bundestag schafft, schwinden immer mehr, je länger die „Durststrecke" (Lindner) wird.

Für die Bundesrepublik wäre es allerdings ein schwerer Verlust, wenn das große inhaltliche Erbe des Liberalismus sang- und